

A7 Brexit: Austausch schützen und ausbauen

Gremium: Bundesmitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 12.03.2017  
Tagesordnungspunkt: 8.3. inhaltliche Anträge

722 Am 23. Juni 2016 stimmten die Bürger\*innen des Vereinigten Königreichs bei einer  
723 Wahlbeteiligung von 72,2% mit einer Mehrheit von 51,9% für einen Austritt des  
724 Vereinigten Königreichs aus der EU. Seit dem 26. Januar 2017 liegt dem  
725 britischen Parlament ein Gesetzesentwurf vor, laut dem die britische  
726 Premierministerin „die Absicht des Vereinigten Königreichs zum Austritt aus der  
727 EU, gemäß Artikel 50 des Vertrags über die Europäische Union bekanntgeben“ kann.  
728 Nach einem Bericht der „Financial Times“ soll das Gesetz für die  
729 Austrittserklärung bis Mitte März verabschiedet werden. Laut einer Umfrage des  
730 britischen Meinungsforschungsinstituts „YouGov“ und der Tageszeitung „The Times“  
731 vom 20. – 22. Juni 2016 beträgt die Zustimmung zum EU-Austritt bei den  
732 Altersgruppen, in denen tendenziell Student\*innen vertreten sind, der 18-24  
733 jährigen\* lediglich 20% und auch in der Alterskohorte der 25-49 jährigen\* 45%.

734 Nach einer Befragung des Higher Education Policy Institute, an der 1000  
735 Student\*innen teilnahmen, stimmten 70% für einen Verbleib in der EU.

736 Die Auswirkungen des sogenannten BREXIT auf den Raum Hochschule sind, wenn auch  
737 noch nicht vollumfänglich absehbar, schwerwiegend.

738 Beispielsweise für ERASMUS+-Student\*innen, welche Auslandssemester in England  
739 absolvieren, ist derzeit unklar wie es im Falle eines Austritts des UK aus der  
740 EU weitergehen wird. Sollte das UK die zu befürchtende nationalistische  
741 Isolationspolitik fortführen, droht das Ende der ERASMUS+-Mitgliedschaft des  
742 Vereinigten Königreichs, wenn 2020 das Budget für das Programm ausläuft. Dies  
743 würde einen Einschnitt in die Mobilität von Student\*innen aus anderen ERASMUS+-  
744 Ländern (zur Zeit ca. 125.000) bedeuten und schon bestehende soziale Hürden im  
745 Erasmusprogramm verstärken.

746 Die erhöhten Kosten, die auf die Student\*innen zukommen, etwa durch  
747 Studiengebühren (40.000€/Jahr für EU-Ausländer\*innen zur Zeit statt 11.600€ für  
748 Brit\*innen) so wie Visa-Kosten (ca. 400€/Jahr), würden sich zu einer kulturellen  
749 Isolation der jungen Generation im Vereinigten Königreich summieren. Diese wird  
750 verstärkt durch die fehlende Möglichkeit gemeinsam mit britischen  
751 Jugendverbänden Projekte im ERASMUS+-Programm zu bestreiten.

752 Die Idee eines freien Studiums erfordert barrierefreie Mobilität. Diese sollte  
753 natürlich nicht nur für das UK oder ein vereinigtes Europa, sondern weltweit  
754 vertreten werden. Daraus folgt zum einen die Notwendigkeit, das ERASMUS+-  
755 Programm in der deutschen Öffentlichkeit weiter als wesentlichen Punkt der  
756 BREXIT-Verhandlungen zu platzieren und weiterführend eine Reform des ERASMUS+-  
757 Programms. Diese Reform muss eine bessere soziale Durchlässigkeit gewährleisten.  
758 Eine Förderung sollte unabhängig von Alter, Studienfortschritt und Einkommen  
759 gewährt werden.

760 Auch für Forschung und Lehre würde der BREXIT einen enormen Bürokratie- und  
761 somit auch Kostenmehraufwand bedeuten. Diese würde beginnen bei gemeinsamen und  
762 EU-finanzierten Forschungsgruppen und -projekten, zieht sich über Promotionen

763 und Praktika in Instituten, im Vereinigten Königreich oder in der EU, betrifft  
764 aber auch so simple und grundsätzliche Sachen wie britische (Gast-)Dozent\*innen  
765 an EU-Universitäten und umgekehrt.

766 Der Campusgrün Bundesverband schliesst sich deshalb den Forderungen des  
767 Deutschen Studentenwerks (DSW) an, welche dieses auf seiner 77. ordentliche  
768 Mitgliederversammlung verfasst hat:

769 "1) Den freien Austausch von Wissen und Personen mit dem Vereinigten Königreich  
770 soweit wie möglich beizubehalten, dabei aber keine Kompromisse in den  
771 Grundfreiheiten der Europäischen Union einzugehen.

772 2) Die Freiheit von Forschung und Wissenschaft in allen Mitgliedsstaaten der  
773 Europäischen Union und des Europäischen Hochschulraums konsequent einzufordern  
774 und entsprechende wirksame Maßnahmen zu ergreifen.

775 3) Den Zugang zu Hochschulen in Europa zu erleichtern, Chancengleichheit im  
776 Bildungssystem herzustellen und den Studienerfolg aller Studierenden in Europa  
777 gleichermaßen zu sichern."

778 Wichtig erscheint aber im Zuge der immer stärker werdenden rechtspopulistischen  
779 und neofaschistischen Bewegungen in Europa auch, dass ein Rückfall aus der EU in  
780 nationalistische Egoismen keine Lösung für europäische Probleme sein kann. Die  
781 EU birgt mit einem deutlich stärker legitimierten demokratischen Modell und  
782 einem EU-Parlament mit Richtlinienkompetenz das Potential, bestehende Grenzen,  
783 auch im Bildungsapparat, aufzuweichen.

784 Campusgrün bezieht Stellung zum geplanten Austritt des UK. In der Debatte darum  
785 platziert er das ERASMUS+-Programm in der deutschen Öffentlichkeit weiter als  
786 wesentlichen Punkt der BREXIT-Verhandlungen und strebt eine sozialgerechte  
787 Reform desselbigen an. Diese muss auf dem Recht auf freie Bildung und einer  
788 globalen Ausweitung vorhandener Programme basieren.

789  
790 Darüber hinaus bekräftigt Campusgrün seinen Grundsatzbeschluss "

791 Demokratische Bildung für ein offenes und demokratisches Europa " der 29.  
792 Bundesmitgliederversammlung in Göttingen.

## Begründung

Wir haben bereits eine sehr gute und umfassende Beschlusslage zu Europa. Wir haben keine zum Brexit. Wenn das gewünscht ist, hier wäre eine.